

Der Jugend eine starke Stimme geben!

Positionspapier des Landesjugendbeirats zur Landtagswahl 2026

Inhalt

Vorwort.....	2
Fokusthema: Jugendbeteiligung.....	3
Einbindung der Jugend auf Landesebene muss Chefsache werden!	3
Ausbau der flächendeckenden Jugendbeteiligung im Land	4
Demokratie & Ehrenamt.....	5
Demokratiebildung	5
Verpflichtende Medienkompetenzschulung und Extremismusprävention an Schulen.....	6
Ehrenamt stärken	6
Freiwilligendienste stärken.....	7
Bildung & Chancengerechtigkeit	7
Umgang mit KI	7
Ausbau Psychotherapeutischer Hilfsangebote	8
Fach „Leben nach der Schule“ einführen.....	8
Bezahlbaren Wohnraum für Azubis und Studierende sichern	9
Faire Bildungschancen sichern	9
Gerechter Übergang in Ausbildung und Studium.....	9
Umwelt & Mobilität	10
Jugendfreundliche Mobilität schaffen	10
Bezahlbare Mobilität ausbauen.....	10
Klima- und Umweltschutz integrieren.....	10
Links und Kontakt	11
Hinweis zur Nutzung geschlechtergerechter Sprache	11

Vorwort

Der Landesjugendbeirat ist ein aus 36 Jugendlichen bestehendes Gremium beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, welches die Landesregierung in Baden-Württemberg in jugendrelevanten Fragen berät. Zur Landtagswahl am 8. März 2026 legt der Landesjugendbeirat dieses Positionspapier mit dem Ziel vor, zentrale jugendpolitische Forderungen an die Landespolitik zu richten.

Die Forderungen und Anliegen der Jugend basieren auf einem landesweit breit angelegten Jugendbeteiligungsprozess des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, an dem im Schuljahr 2024/25 über 5.000 Jugendliche direkt und persönlich beteiligt wurden. Der Landesjugendbeirat hat die Ergebnisse von 70 Jugendkonferenzen des Kultusministeriums sowie der Landesjugendkonferenz zusammengetragen und zu zentralen Themen gebündelt. Die Jugend in Baden-Württemberg erwartet zurecht, dass diese Forderungen Gehör finden. Es ist unerlässlich, dass die Jugend in der nächsten Legislaturperiode eine stärkere und kraftvollere Stimme in Baden-Württemberg bekommt und ihre Anliegen auf Landesebene struktureller und wirksamer als bisher verankert werden.

Die Jugend ist unsere Zukunft. Die Perspektiven, Bedürfnisse und Forderungen der jungen Generation müssen verstärkt in den Mittelpunkt der politischen Debatte rücken. Unser Ziel ist eine Politik, die junge Menschen ernst nimmt, ihre Lebensrealitäten anerkennt und ihnen echte Mitgestaltung ermöglicht. Die Forderungen des Landesjugendbeirats sind der direkte Impuls der Jugend für eine demokratische, gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft in Baden-Württemberg. Sie sind ein Auftrag an alle Entscheidungsträger im Land, Verantwortung für die junge Generation zu übernehmen. Jugendbeteiligung ist gelebte Demokratiebildung.

Fokusthema: Jugendbeteiligung

Einbindung der Jugend auf Landesebene muss Chefsache werden!

Jugendliche sind die besten Expertinnen und Experten in allen Jugendfragen. Sie müssen deshalb stärker, direkter und nachhaltiger in politische Entscheidungsprozesse auf Landesebene eingebunden werden. Der Landesjugendbeirat fordert deshalb von der nächsten Landesregierung die Umsetzung folgendes Maßnahmenbündel, um echte Mitbestimmung junger Menschen in der Landespolitik zu ermöglichen:

- die **Einrichtung einer "Taskforce Jugend" beim Staatsministerium**, in der sowohl Vertreterinnen und Vertreter der Landtagsfraktionen als auch Delegierte von Jugendvertretungen und weitere Expertinnen und Experten gemeinsam wirksame Maßnahmen entwickeln, um der Jugend eine zukünftig strukturelle Partizipation in allen Bereichen auf Landesebene zu verschaffen. Die Ergebnisse werden mit dem **Ministerpräsidenten** besprochen und anschließend ins Kabinett zur Beschlussfassung eingebracht.
- eine **verbindliche Anhörungspflicht** des Landesjugendbeirats oder bei Bedarf auch anderer fachspezifischer Jugendgremien zu allen jugendrelevanten Themen im Landtag und seinen Ausschüssen. Insbesondere bedarf es einer echten **Beteiligung bei Haushaltsberatungen des Landtags**, wenn es um die Frage geht, wie und wofür Gelder im Jugendbereich aufgewendet werden sollen. Dies stellt sicher, dass ihre Perspektiven nicht nur angehört, sondern auch verbindlich berücksichtigt werden. So entsteht eine Politik, die näher an den tatsächlichen Bedürfnissen der jungen Generation ausgerichtet ist.
- Automatische Behandlung der **Ergebnisse der Landesjugendkonferenz im Petitionsausschuss**. Die Landesjugendkonferenz bringt regelmäßig die Anliegen junger Menschen in Baden-Württemberg zusammen und spiegelt damit die Perspek-

tiven einer ganzen Generation wider. Bislang fehlt jedoch eine institutionelle Garantie, dass diese Ergebnisse im Landtag auch Gehör finden. Zwar haben junge Menschen nach Artikel 17 Grundgesetz das Recht, Petitionen einzubringen, doch die Weiterleitung und Behandlung von Konferenzbeschlüssen ist bisher nicht verbindlich geregelt. Um sicherzustellen, dass Jugendbeteiligung nicht nur symbolisch, sondern wirksam ist, braucht es einen klaren Prozess im Parlament. Wir fordern daher, dass die Ergebnisse der Landesjugendkonferenz automatisch als Petition in den Landtag eingebracht und im Petitionsausschuss behandelt werden. Eine solche Regelung kann unkompliziert über die Geschäftsordnung des Landtags eingeführt werden und würde den demokratischen Anspruch Baden-Württembergs stärken, junge Stimmen ernst zu nehmen.

Ausbau der flächendeckenden Jugendbeteiligung im Land

Jugendliche wollen und sollen ihre Meinung äußern. Leider fehlen bislang echte und wirksame Beteiligungsmöglichkeiten. Die nächste Landesregierung muss deshalb dafür Sorge tragen, dass Jugendbeteiligung in der Fläche signifikant gestärkt wird:

- Politik betrifft Jugendliche in allen Ressorts der Landesverwaltung. Wir fordern deshalb **nur aus Jugendlichen bestehende Beratungsgremien in jedem Ministerium**, welche zur festen Verankerung von Jugendbeteiligung in allen Ressorts beitragen. Dadurch wächst die Legitimität von politischen Entscheidungen und die Akzeptanz bei jungen Menschen. Gute Beispiele bereits bestehender Jugendgremien sind der Landesjugendbeirat des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport und der Jugendrat für Klima und Nachhaltigkeit beim Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft.
- **Verschärfung des § 41a der Gemeindeordnung (GemO)**: Verpflichtende Einrichtung von Jugendgemeinderäten in Kommunen mit einer Bevölkerungsgröße von mehr als 30.000 Personen. Es braucht einen Katalog an jugendrelevanten Themen in der GemO, auf den sich die Jugendlichen berufen können.

- **Änderung der Landkreisordnung (LKrO):** Es soll die verpflichtende Einrichtung institutionalisierter Jugendbeteiligung in jedem Landkreis Baden-Württembergs durch demokratisch legitimierte Jugendkreisträte festgeschrieben werden. Mindestens muss die LKrO so ergänzt werden, dass Jugendkreisträte auf einer festen rechtlichen Grundlage stehen. Bisher besitzen Jugendkreisträte (z. B. im Landkreis Konstanz) aufgrund der fehlenden Verankerung in der LKrO kein gesichertes Rede- und Antragsrecht in den Kreistagen. Faktisch muss daher ein Pendant zum § 41a GemO für die LKrO eingeführt werden. Das Land soll zudem die Durchführung der Wahlen von Jugendgemeinderäten und Jugendkreisträten finanziell gewährleisten.
- **Ausbau der Jugendkonferenzen des Kultusministeriums,** so dass eine Jugendkonferenz zukünftig einmal im Jahr an jeder Schule stattfinden kann. Über die Schulen können alle Jugendlichen bis mindestens Klasse 9 erreicht werden. Dadurch wird sichergestellt, dass Jugendliche aller Bildungsniveaus die Chance haben, sich mit ihren Anliegen einzubringen.

Demokratie & Ehrenamt

Demokratiebildung

Politische Bildung ab der fünften Klasse fördert ein frühes Verständnis für Demokratie und gesellschaftliche Zusammenhänge. Besonders im Hinblick darauf, dass ein beträchtlicher Teil der Jugendlichen dadurch, dass sie keine Hochschulreife anstreben, zwei Jahre weniger fortgeschrittenen Politikunterricht erhalten, ist es unseren Betrachtens nach zwingend notwendig, dass bereits zwischen der fünften und zehnten Klasse alltagsnaher Politikunterricht aus staatsbürgerlicher Perspektive abgehalten wird. Alle Jugendlichen sollten unabhängig vom Abschluss, die Tagespolitik von der Kommune bis hin zur internationalen Ebene selbständig verstehen und einordnen können.

Zudem sollten regelmäßige Projektstage, wie „Schule als Staat“, die Politik erlebbar machen, ausgeweitet werden, um den Jugendlichen zu zeigen, dass politische Partizipation sinnvoll und wirksam ist. Solche praxisnahen Formate stärken das Bewusstsein und das

politische Engagement. So werden junge Menschen befähigt, mündige und aktive Bürgerinnen und Bürger zu werden.

Verpflichtende Medienkompetenzschulung und Extremismusprävention an Schulen

Digitale Medien sind fester Bestandteil der Lebensrealität junger Menschen, doch mit ihnen steigt gleichzeitig die Gefahr von Mediensucht, Fake News und extremistischer Propaganda. Um Jugendliche davor zu schützen und sie zu urteilsfähigen demokratischen Staatsbürgerinnen und -bürgern zu machen, muss es eine verpflichtende Auseinandersetzung mit digitalen Medien und ihren Risiken in der Schule geben. Es braucht spezialisierte Unterrichtsinhalte und niederschwellige Angebote für Lehrkräfte, wie Workshops von anerkannten Dritten zu Medienkompetenz, um den Ansprüchen an eine funktionierende freiheitlich-demokratische Gesellschaft der Zukunft gerecht zu werden. Durch das frühe Erlernen und die Pflege von kritischem Denken und Hinterfragen im digitalen Raum, wird die Demokratie bereits in der Schule geschützt. Auch der Umgang mit potenziell-süchtig machenden Elementen in sozialen Medien muss präventiv gelehrt werden.

Ehrenamt stärken

Freiwilliges Engagement ist ein zentraler Pfeiler unserer Zivilgesellschaft und verdient nicht nur Anerkennung, sondern auch konkrete Unterstützung. Ein landesweiter Ehrenamtspass könnte durch Vergünstigungen im öffentlichen und kulturellen Bereich das Engagement sichtbar würdigen und gleichzeitig attraktiver machen. Ehrenamtliche Tätigkeiten sollten zudem als wertvolle Kompetenzen anerkannt und in schulischen, hochschulischen oder beruflichen Laufbahnen angerechnet werden. Jugendliche und junge Erwachsene sollten die Möglichkeit erhalten, für ehrenamtliches Engagement von Schule, Ausbildung oder Arbeit freigestellt zu werden, ähnlich wie bei politischen Bildungstagen. Durch zusätzliche Förderprogramme auf Landesebene könnten Initiativen besser abgesichert und ausgebaut werden, sodass Projekte nachhaltig wirken. Besonders wichtig ist, dass alle Jugendlichen, auch solche mit Unterstützungsbedarf, durch finanzielle Hilfen, gezielte Programme und niedrighschwellige Angebote gleichberechtigten Zugang und Teilhabe erhalten. Auf diese Weise wird das Ehrenamt attraktiver, sichtbarer und gerechter gefördert und die Zivilgesellschaft in ihrer Breite und Vielfalt nachhaltig gestärkt.

Freiwilligendienste stärken

Wir fordern, Freiwilligendienste als wichtigen Baustein für berufliche Orientierung und gesellschaftliches Engagement zu fördern. Sie ermöglichen jungen Menschen, praktische Erfahrungen zu sammeln, Verantwortung zu übernehmen und sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Damit Freiwilligendienste für alle zugänglich und attraktiv sind, müssen Bezahlung, dazugehörige Wohnortwechsel und soziale Absicherung verbessert sowie die Strukturen modernisiert werden. Zudem sollten mehr Plätze für Freiwilligendienstleistende geschaffen werden, damit allen Interessierten diese Chancen offenstehen. Schließlich sollten die Freiwilligendienste stärker bei der Zulassung zu Ausbildung und Studium berücksichtigt werden.

Bildung & Chancengerechtigkeit

Umgang mit KI

Künstliche Intelligenz prägt zunehmend den Alltag, die Schul- und Berufswelt sowie die Freizeitgestaltungen. Noch ist kein einheitlicher Umgang mit dieser Technologie, die Chancen-, aber auch risikobehaftet ist, definiert. Gerade technologischer Fortschritt und Medienkompetenz spielen in der Lebenswelt der Jugend eine zentrale Rolle, wie auch unsere Kernforderungen bereits ausgeführt. Ein landesweites Curriculum sowie einheitliche Leitfäden für Schulen, Hochschulen und zertifizierte Bildungsanbieter für den Umgang mit KI sowie entsprechende klare Dokumentationsmöglichkeiten bei der Nutzung, stellen eine klare Notwendigkeit zur Wahrung des einheitlich geführten pädagogischen Auftrages dar. Wichtig ist dabei hervorzuheben, dass wir keine Verpflichtung zur Dokumentation verlangen, sondern eine einheitliche Aufklärung über die Funktionsweise sowie die persönlichen und politischen Auswirkungen auf das Leben der Jugendlichen fordern. Dabei legen wir besonderes Augenmerk auf Datenschutz, Fake News, Deep Fakes und die Priorisierung des Ausbaus persönlicher Kompetenzen. Diese Bildungsangebote sind nicht nur durch die Navigation durch die fortschreitend digitalisierte Welt, sondern auch in ihrem wirtschaftlichen und politischen Bezug von Vorteil, da der Ausbau dieser

Kompetenzen auch jene Mündigkeit und Zuverlässigkeit der autonomen Entscheidungsfindung der Jugendlichen gewährleistet. So werden Chancen genutzt und Risiken kompetent eingeordnet.

Ausbau Psychotherapeutischer Hilfsangebote

Der Druck auf Jugendliche wächst nicht nur durch Schule, soziale Medien und gesellschaftliche Unsicherheiten. Insbesondere das Rentensystem mit dem Umlageverfahren sowie die große Verantwortung durch zahlreiche zukunftsweisende und nachhaltige Entscheidungen, beispielsweise in den Bereichen Politik und Umwelt, die bereits in jungen Jahren zu bewältigen sind, erfordern ein intensives Lernen für das Leben in kurzer Zeit, was wiederum zu entsprechendem Stress führen kann. Vor allem seit der Coronapandemie wurden viele zentrale Lebensumstände der Jugendlichen sehr plötzlich verändert und die bis heute anhaltende Aufarbeitung dieses Schocks erfordert entsprechende geförderte Unterstützungsangebote. Mehr Schulsozialarbeit und niedrigschwellige, ggf. auch digitale, Beratungsangebote schaffen schnelle Hilfe. Um dem Mangel an fachlich ausgebildeten Personal respektive Hilfsangeboten im psychotherapeutischen Bereich entgegenzuwirken, fordern wir den Ausbau von entsprechenden Kapazitäten und mehr finanzieller Unterstützung während der Ausbildung. Prävention und Unterstützung sollen junge Menschen vor langfristigen Belastungen und Arbeitsausfällen schützen. Diese Forderungen gelten auch für Medizinstudienplätze.

Fach „Leben nach der Schule“ einführen

Viele Jugendliche wünschen sich mehr praktische Alltagskompetenzen – etwa im Umgang mit Geld, Gesundheit, Steuern, Versicherungen sowie ihren Rechten und Pflichten. Wir fordern deshalb die Einführung eines verbindlichen Schulfachs „Leben nach der Schule“, das Jugendliche gezielt auf ein selbstbestimmtes Leben vorbereitet. Bildung bedeutet mehr als reines Fachwissen: Sie muss auch Fähigkeiten für den Alltag vermitteln. Ergänzend sollen interdisziplinäre Inhalte durch externe Bildungsangebote abgedeckt werden – zum Beispiel Finanzmathematik, Steuern, Hauswirtschaft oder praxisnahe Gemeinschaftskunde. Solche freiwilligen, unbenoteten Seminare können das schulische Lernen sinnvoll erweitern.

Bezahlbaren Wohnraum für Azubis und Studierende sichern

Für viele junge Menschen wird Ausbildung oder Studium schon durch die hohen Mieten unmöglich. Azubis und Studierende haben meist nur ein geringes Einkommen und können sich den Wohnungsmarkt in vielen Städten kaum leisten. Besonders für sozioökonomisch schwächere Familien werden die finanziellen Belastungen schnell zur entscheidenden Hürde: Ausbildung oder Studium können oft gar nicht erst begonnen oder nicht erfolgreich abgeschlossen werden – und damit bleibt auch die Chance auf sozialen Aufstieg versperrt. Verschärft wird die Situation durch den Zustand vieler Wohnheime, die stark sanierungsbedürftig sind und mit Schimmel, maroder Bausubstanz oder unzureichender Ausstattung unzumutbare Bedingungen schaffen. Um Bildungschancen zu sichern, braucht es daher dringend mehr bezahlbaren Wohnraum: Durch den Neubau moderner Studentenwohnheime, die Sanierung bestehender Anlagen und die Schaffung attraktiver, geförderter Wohnangebote speziell für Auszubildende.

Faire Bildungschancen sichern

Leistung sollte unabhängig vom sozialen Hintergrund bewertet werden. Einheitliche und transparente Bewertungssysteme sowie gleiche Fördermöglichkeiten für alle schaffen Vertrauen und gewährleisten Chancengerechtigkeit. Nur wenn alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Chancen haben, kann Leistung wirklich fair gemessen werden. Dadurch wird das Bildungssystem durchlässiger und nutzt vorhandene Talente besser aus. Die PISA-Studie zeigte die Vorteile von Gruppenprojekten gegenüber dem Frontalunterricht auf und wie der Ausbau der Chancengerechtigkeit die Bildungsleistung bevorzugen. So entsteht nicht nur mehr Gerechtigkeit, sondern auch eine stärkere Leistungsorientierung, von der langfristig die gesamte Gesellschaft profitiert.

Gerechter Übergang in Ausbildung und Studium

Der Sprung von der Schule ins Studium oder in die Ausbildung fällt vielen Jugendlichen schwer – nicht nur wegen der Kosten, sondern auch wegen der völlig neuen Strukturen und Anforderungen, an die sie sich erst gewöhnen müssen. Ein unbürokratisches BAföG und gezielte Förderprogramme verhindern, dass finanzielle Hürden Ausbildung oder Studium blockieren, und geben insbesondere benachteiligten jungen Menschen echte

Chancen. Begleitende Maßnahmen für einen sanften Einstieg erleichtern die Orientierung und erhöhen die Erfolgsquote. So sichern wir Fachkräfte und stärken soziale Gerechtigkeit.

Umwelt & Mobilität

Jugendfreundliche Mobilität schaffen

Ein bezahlbarer, sicherer und klimafreundlicher öffentlicher Nahverkehr ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Besonders im ländlichen Raum benötigen Jugendliche zuverlässige Verbindungen, um Ausbildung, Freizeitangebote und gesellschaftliches Engagement wahrnehmen zu können. Gute Mobilität leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit.

Der Ausbau von sicheren Radwegen, ausreichend Fahrradstellplätzen und einer flächendeckenden E-Bike-Infrastruktur in ganz Baden-Württemberg soll überzeugende Alternativen zum Auto bieten. So können nachhaltige Mobilität gefördert, die Gesundheit gestärkt und die Klimaziele unterstützt werden. Insbesondere fordern wir den flächendeckenden Ausbau von Radschnellwegen in Baden-Württemberg.

Bezahlbare Mobilität ausbauen

Wir fordern die Länder im Bundesrat auf, Preiserhöhungen des öffentlichen Nahverkehrs nicht zuzustimmen und damit ein sichtbares Zeichen für die Interessen junger Menschen zu setzen. Sowohl Bundesregierung als auch Landesregierungen sollen die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen, um Preissteigerungen entgegenzuwirken. Die Landesregierung von Baden-Württemberg soll das D-Ticket JugendBW mindestens auf dem Preisniveau von Januar 2025 halten und langfristig zum 365-Euro-Ticket zurückkehren.

Klima- und Umweltschutz integrieren

Umwelt- und Klimaschutz müssen im Alltag von Jugendlichen greifbar werden. Praktische Projekte in Schule und Freizeit sowie politische Bildung zur Nachhaltigkeit zeigen Handlungsmöglichkeiten auf und fördern Verantwortungsbewusstsein. So werden Jugendliche zu aktiven Gestaltern einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Gesellschaft.

Links und Kontakt

Social Media: www.instagram.com/landesjugendbeirat_bw
Landesjugendbeirat: www.km-bw.de/landesjugendbeirat
Jugendkonferenzen: www.km-bw.de/jugendkonferenzen
Landesjugendkonferenz: www.km-bw.de/landesjugendkonferenz

Kontakt Landesjugendbeirat:

Abdi Ahmed

Vorsitzender

0173/8940448

vorsitz@ljb-bw.de

Kontakt Geschäftsstelle Landesjugendbeirat:

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport BW

Referat 56 - Jugend

Thomas Paul

thomas.paul@km.kv.bwl.de

Hinweis zur Nutzung geschlechtergerechter Sprache

Zur besseren Lesbarkeit haben wir versucht, möglichst geschlechtsneutrale Formulierungen zu benutzen. Wenn dies nicht möglich war, haben wir das männliche, sowie das weibliche Geschlecht oder das generische Maskulinum verwendet. Die verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich – sofern nicht anders kenntlich gemacht – auf alle Geschlechter.